



## Niederschrift

11. Plenarsitzung des Gemeinderates  
24. Juni 2025, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 2 der Tagesordnung: Neufassung der „Richtlinien über den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen“**

Vorlage: 2025/0382

**Punkt 2.1 der Tagesordnung: Neufassung der „Richtlinien über den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen“**

Änderungsantrag: AfD

Vorlage: 2025/0382/1

## Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss die Änderung der „Richtlinien über den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen“ entsprechend der Anlage.

## Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (37 Ja, 5 Nein, 3 Enthaltungen)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 20. Mai 2025 und am 3. Juni 2025:

Da es hier auch in der Berichterstattung und auch von der Fragestellung, wer fällt darunter, wer nicht, ein bisschen unterschiedliche Wahrnehmungen gab, führt Herr Bürgermeister Lenz jetzt in die Vorlage kurz ein.

**Bürgermeister Lenz:** Zunächst auch noch einmal herzlichen Glückwunsch, liebe Yvette Melchion, liebe Nachfolgerin. Wir freuen uns alle, dass es so gut geklappt hat. Ich darf mir das jetzt heute gestatten in einer meiner letzten Gemeinderatssitzungen. Aber auch vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, ich glaube, ich kann mich jetzt gerade anschließen an Ihre Worte.

Bevor ich auf das Konkrete eingehe, sage ich Ihnen einfach die Leitplanken der letzten 16 Jahre, nicht nur von mir, sondern von meinem Team, denn das ist nicht die erste Finanzkrise. Wer an die Finanzkrise 2009 sich erinnert, der weiß, dass da auch mal 100 Millionen minus im Haushalt stand. Es ist alles machbar, aber es ist in der Tat jetzt so, das haben wir

oft gehört, schmerzhafter Einschnitt, und ich habe jetzt die Ehre, ein Beispiel heute nochmal klarstellen zu dürfen. Aber zunächst die Leitplanken, die Sie bestimmt noch aus Ihrer Sicht ergänzen werden.

Erstens, natürlich, soziale Gerechtigkeit steht in unserem Dezernat, aber ich denke, in unserer sozialen Stadtpolitik über allem. Dann für uns natürlich, wenn es um die Finanzen geht, Sie kennen den Haushalt des Dezernats 3, eine sozial orientierte Finanzpolitik. Wir haben eine eigene Finanzplanung, das auch an der Stelle noch mal. Und das Dritte, klar, das Räumliche, die soziale Stadtentwicklung. Dann ein Strich drunter heißt, jede Sparrunde, und das haben wir bisher geschafft, darf keine bewährten Strukturen wie die soziale Stadt, ich sage einmal, ins Wanken bringen, ist übertrieben, aber dauerhaft bestätigt, das darf nicht passieren.

Jetzt komme ich zum konkreten Beispiel, ein paar Fakten. Ziel ist es von unserem Beförderungsdienst, die soziale Teilhabe für Menschen mit Behinderung sowie die Teilhabe für Menschen mit Pflegebedarf durch die Förderung der Mobilität zu unterstützen, und das haben wir - das kennen Sie aus, vielen anderen Bereichen auch - weit über den gesetzlichen Anspruch hinaus gemacht. Ich weiß nicht, ob Ihnen bewusst ist, den Anspruch haben wir fast verdoppelt, den gesetzlichen Anspruch. Also jetzt gilt die Disziplin den Finanzen. Das können wir im Dezernat 3. Wir können auch unterscheiden, steht der Kunde, die Aufgabe, die Finanzen oder die Mitarbeitenden im Mittelpunkt. Heute stehen an der Stelle die Finanzen im Mittelpunkt und deswegen sind wir loyal und erklären Ihnen genau das, so wie es in der Vorlage steht. Ich glaube, mit den wenigen Worten ist auch alles gesagt. Von 2023 auf 2024, um es konkret zu machen, nahmen 742 Personen den Beförderungsdienst in Anspruch und fast die Hälfte davon als freiwillige Leistung, nämlich 308 mit Pflegebedarf.

Unsere Behindertenbeauftragten Uli Wernert hat gesagt, dass wir sie nicht beteiligt hatten an der Vorlage. Wir machen das seit Jahrzehnten, dass wir die Behindertenbeauftragte beteiligen. Warum haben wir es diesmal nicht gemacht? Eifer des Gefechts, Sie wissen, was alles uns gerade um die Ohren fliegt, um es salopp zu sagen. Deswegen nehme ich das auch gerne auf meine Kappe. Ich entschuldige mich bei der lieben Uli Wernert. Wir sind jahrzehntelange Kolleg\*innen und insofern, liebe Yvette, es tut mir leid. Ich mache eigentlich keine Versprechen in die Zukunft, die du dann einlösen musst. Aber ich glaube, ich darf sagen, es kommt nicht mehr wieder vor.

**Der Vorsitzende:** Ich darf auch auf die Stellungnahme verweisen, in der wir ausführen, dass wir für einzelne Personen aus diesem Kreis durchaus solche Mobilitätsangebote weiter ermöglichen. Die sonstigen rechtlichen Dinge lesen Sie bitte nach. Da bin ich jetzt auch nicht im Detail so drin.

**Stadtrat Dujmović (GRÜNE):** Es folgt eine kurze Einordnung und dann drei inhaltliche Punkte. Vorab, um die Spannung ein bisschen rauszunehmen, wir werden den Vorschlag mittragen, leider. Warum leider? Leider, weil wir uns bewusst sind, dass das teilweise starke Einschnitte in einzelne Leben bedeuten kann. Es kann dazu führen, dass Wege wegen fehlendem Geldes nicht mehr zurückgelegt werden. Und es kann ein höheres Vereinsamungsrisiko mit sich bringen. Wir müssen aber kürzen, und dafür ist es auch unsere Aufgabe, zu gucken, welche Probleme damit einhergehen und wie diese zu lösen sind. Hier geht es um eine kleine Gruppe an Menschen, die keinen gesetzlichen Anspruch haben. Wir

können uns diese Maßnahme, du hast es gesagt, Martin, einfach nicht mehr leisten. Deren Problem müssen wir aber anders lösen.

Eine Sache wurde gerade erwähnt, wartet dafür aber auf den dritten Punkt. Also, wie versprochen, drei Punkte dazu. Erstens, dass die Beauftragte für Menschen mit Behinderung bei einer Satzungsänderung, bei der es auch um die Beförderung von Menschen mit Behinderung geht, nicht befragt wurde, ist unglücklich. Ich nehme wahr, Martin, Yvette, das wird in Zukunft nicht mehr passieren.

Zweitens, Vorschläge, das Ganze kleinteiliger zu gestalten, klingen für mich bürokratisch und aufwendig. Ich gehe davon aus, sehr fallgenau zu arbeiten, würde die geplante Einsparung in Teilen zunichte machen, aber es wurde auch in der Stellungnahme schon ein Teil zugesagt.

Und drittens, auch das Statement sehen wir noch mal sehr deutlich als Auftrag an uns als Fraktion, aber auch die Verwaltung. Die Anträge auf Schwerbehindertenausweise dauern zu lange. Wir erarbeiten gerade Ideen, das zu beschleunigen. Deswegen möchte ich noch zehn Sekunden nutzen, eine Einladung auszusprechen.

Liebe Verwaltungsmitarbeiter\*innen, liebe Stadträt\*innen der anderen Fraktionen, meldet euch gerne bei mir mit Vorschlägen für Stellschrauben. Hier ist noch viel Luft nach oben. Lasst uns gemeinsam trotz Einsparungen die Situation für die stark betroffene Gruppe gemeinsam minimieren, verbessern.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** In 25 Jahren, wo ich diesem Gremium angehöre, habe ich so wichtige Entscheidungen, die wir zu treffen haben, noch nicht erlebt, vor allem im Hinblick, dass wir Sachen, die wir für gut finden und die wir für richtig gefunden haben, auch priorisieren müssen. Wir müssen überlegen, ist alles noch notwendig oder gibt es, das eine ist wichtiger, das andere vielleicht etwas weniger in der Priorität oben. Auch in diesem Fall sehen wir uns gezwungen, dieser Maßnahme zuzustimmen. Denn der Pflegegrad 3 oder ab Pflegegrad 3 ist kein gesetzlicher Anspruch, das war absolut eine freiwillige Leistung der Stadt Karlsruhe, und das war möglich gewesen. Solange es möglich ist, finde ich es auch gut, dass wir es gemacht haben.

Aber jetzt kommen wir an einen Punkt, wo wir diese freiwilligen Leistungen, die uns doch viel Geld kosten, im Hinblick auf eine Priorisierung in anderen Bereichen oder in anderen Notwendigkeiten tun müssen. Und es tut weh, aber wir müssen es tun. Es wird noch mehr auf uns zukommen in dem Bereich, dass wir an Prioritäten denken müssen, um diese soziale Stadt einigermaßen aufrechterhalten zu können.

**Stadtrat Tröndle (SPD):** Vor einigen Wochen zeichnete die geschätzte Kollegin Sonja Döring bei der Entscheidung zu den World Games ein beeindruckendes Bild vom Herzen, das Ja, und vom Kopf, der Nein sagt. Am Ende brachte sie Herz und Kopf in Einklang, da sagten dann beide Ja. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der jetzt anstehenden Neufassung der Richtlinien über den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen kann ich auch nach intensiver Selbstreflexion keinen Einklang zwischen Herz und Kopf herstellen. Sicherlich bleibt der gesetzliche Anspruch von blinden, starksehbehinderten und außergewöhnlich gehbehinderten Menschen auf dem Fahrdienst bestehen. Doch die bisherigen freiwilligen Leistungen für Kranke und Schwache ab Pflegegrad 3 fallen durch das Raster. Da

blutet das Herz, vor allem bei denjenigen, die sich wie die SPD der Unterstützung der Schwächeren und Schwächsten unserer Gesellschaft verschrieben haben.

Auf der anderen Seite gilt es aber, und die Kollegen haben es vorhin schon gesagt, Verantwortung für den Haushalt zu übernehmen und durch kritisches Durchleuchten und maßvolles Kürzen tiefe Einschnitte in das kommunale soziale Netz zu vermeiden, Letzteres, das sagt der Kopf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die SPD-Fraktion wird nolens volens der Neufassung zustimmen, aus Einsicht in die Notwendigkeit, Staatsräson, Veränderungsbewusstsein im Sinne des Gesamtbilds. Begriff und Begründung dazu gibt es zuhauf. Doch das Herz schmerzt beim Gedanken, gesundheitlich angeschlagenen Menschen eine Möglichkeit zu nehmen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Es bleibt für uns als Gemeinderat die grundsätzliche Frage bestehen, wie lang und wie weit wir das eklatante Spannungsfeld zwischen Kopf und Herz aushalten. Wir könnten die heutige Vorlage sicherlich einfach abnicken, doch mir und meiner Fraktion stößt in diesem Zusammenhang eine Grundhaltung im gesellschaftlichen Diskurs bitter auf, und die bedarf einer grundsätzlichen Anmerkung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der freiwilligen Leistung Geschwisterkindregelung hagelte ein Gewittersturm gegen die von der Verwaltung vorgeschlagene Streichung auf uns nieder, bei der Streichung des Beförderungsdienstes jetzt, ohne gesetzlichen Rechtsanspruch, war nur ein kaum merkbares Lüftchen des Protests zu spüren. Einzig der VdK und die kommunale Behindertenbeauftragte äußerten Kritik an der Streichung, die einigen Menschen wieder die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert. Da gab es keinen gesellschaftlichen Aufschrei, da fehlte die Lobby, und auch das schmerzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen im anstehenden heißen Herbst der Haushaltsberatung aufpassen, dass wir nicht denjenigen nachgeben, die am lautesten schreien und sich am besten artikulieren können. Wir als SPD-Fraktion jedenfalls werden sehr genau hinschauen und denjenigen eine Stimme geben, die schwach sind, unsere Hilfe am nötigsten brauchen. Dazu gehören auch und gerade ältere und kranke Menschen. Das ist für uns gelebte Solidarität. Wenn wir in diesem Sinne handeln, bringen wir Herz und Kopf wieder einigermaßen in Einklang. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

**Stadtrat Stolz (AfD):** Nachdem jetzt seit wohl zehn Minuten die Stellungnahme der Verwaltung bekannt ist, nehmen wir die Verwaltung beim Wort und ziehen den Änderungsantrag zurück.

**Stadträtin Kaufmann (Die Linke):** Wir als Linke-Fraktion werden die Änderung der Richtlinie für den Beförderungsdienst schwerbehinderter Menschen in Form einer Streichung des Fahrservice für pflegebedürftige Menschen ab Pflegegrad 3 ablehnen. Das Risiko, dass dadurch eine der verletzlichsten Gruppen in unserer Stadt von sozialer Teilhabe ausgeschlossen wird, ist leider sehr groß. Die Betroffenen dieser Maßnahme haben so gut wie keine Lobby, und so wird hier die Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen, wie es unsere Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung, Wernert, in ihrem Brief auch ausgedrückt hat. Dass sie überdies nicht in Kenntnis gesetzt wurde, empfinden wir außerdem als großen Fehler.

Eine Teilhabe an einem Minimum öffentlicher Daseinsvorsorge, geschweige denn am gesellschaftlichen Leben, ist pflegebedürftigen Menschen meist gar nicht möglich. Ob

Arzttermine oder Gelegenheiten zum sozialen Austausch, für alle Menschen mit einem Pflegegrad und auch teilweise für solche ohne, ist es ein großes Problem, trotz diverser Einschränkungen mobil zu sein, und das in einer Stadt wie Karlsruhe, die nicht gerade mit Barrierefreiheit glänzt. Deshalb war es damals ein sehr wichtiger Schritt im Sinne der Verbesserung der Teilhabe, diesen Fahrservice auch Menschen mit Pflegegrad 3 zu ermöglichen. Das war natürlich laut Bundesteilhabegesetz damals kein Muss, sondern eine freiwillige Leistung. Doch gerade auch vor dem Hintergrund der Pflichten der kommunalen Altenhilfe nach § 71 im Zwölften Sozialgesetzbuch könnte ein solcher Fahrservice als erforderliche Leistung gesehen werden. Denn die dort verankerte Altenhilfe soll dazu beitragen, die Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu geben, selbstbestimmt am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen. Betroffen von der Streichung des Fahrservices werden nämlich vermutlich besonders ältere Menschen sein und besonders solche mit niedrigem Einkommen, die möglicherweise noch nicht das notwendige Merkmalskennzeichen im Schwerbehindertenausweis haben, obwohl sie im Alltag bereits sehr eingeschränkt sind. Oft ist eine Beantragung des Schwerbehindertenausweises außerhalb der Möglichkeiten oder wird durch einen langen Prozess der Antragsbearbeitung erschwert.

Deshalb lehnen wir die Streichung des Fahrservices für Pflegebedürftige entschieden ab und werben dafür, dass die Prioritäten in der Finanzierung kommunaler Aufgaben deutlich anders gesetzt werden. Denn Sparen beim Sozialen ist schlichtweg nicht nachhaltig und nicht fair, besonders gegenüber den vulnerablen Gruppen in unserer Stadt.

**Stadtrat Cramer (KAL):** Bildlich gesprochen steht meine Fraktion total im Wasser. Und das Wasser, das sind die Krokodilstränen von GRÜNEN, CDU und SPD. Sie haben am Anfang Ihre Argumentation so aufgebaut, dass sie im Grunde genommen dieser Vorlage nicht zustimmen können, und das wird meine Fraktion hier heute auch tun. Ich muss nicht in die Details gehen. Für mich ist nur bezeichnend, und da bin ich wirklich gespannt, wie das weitergehen soll, in den jetzt dann für den nächsten Doppelhaushalt, die schwächste, die allerschwächste Gruppe im Grunde genommen, die wird als erste hier praktisch rausgekickt, ihr kriegt nichts mehr. Also das ist schon für mich ein Signal, was mir stark zu denken gibt, und zwar in eine Richtung, Herr Kollege Tröndle, da bin ich mal gespannt, wie Ihre Fraktion mit dem, was Sie angedeutet haben, wie Sie sich jetzt um die Schwächsten kümmern. Da bin ich gespannt, wie Sie das tun werden. Ich kann nur sagen, die Unterstützung meiner Fraktion werden Sie haben, aber ich denke, heute ist es der Beginn eines Abstimmungsmodus, den wir immer wieder so auch, vermute ich, befürchte ich, von den meisten Fraktionen argumentativ so auch immer wieder zu hören bekommen werden.

**Der Vorsitzende:** Wir sind damit am Ende der Rednerliste. Ich möchte nur dem Eindruck widersprechen, dass deswegen jetzt keine älteren Leute nicht zum Arzt gefahren werden oder Ähnliches. Das ist einfach eine Überdramatisierung der Geschichte, und dass es ein Stück weit schon auch darum geht, und wir werden gar nicht darum herumkommen, es so zu sehen, dass wir die Pflichtleistungen, sowohl was die Personalausstattung unserer Ämter als auch was die Leistungen betrifft, versuchen müssen zu halten, und dafür die freiwilligen Leistungen auf die zu konzentrieren, die sonst überhaupt keine Chance hätten.

Ich finde die Stellungnahme deswegen auch auf den AfD-Antrag noch mal sehr wichtig, weil in der Stellungnahme deutlich wird, dass im Einzelfall, wenn es hier einen berechtigten Anspruch gibt, diesem natürlich auch stattgegeben werden wird. Ich beschäftige mich

gerade aus privaten Gründen sehr intensiv mit Pflegegrad 3. Sie können, wenn Sie Pflegegrad 3 haben, eigentlich ohne zusätzliche Unterstützung durch entsprechende Sozialdienste gar nicht in ihrer eigenen Wohnung klarkommen. Von daher haben Sie dort auch ein Umfeld, das Sie berät, wie Sie bei solchen Dingen damit umgehen können. Sie müssen auch den Pflegegrad 3 regelmäßig wieder überprüfen lassen, und da spielen solche Beratungen auch eine Rolle. Also das Bild, als dass jetzt jeder, der mit Pflegegrad 3 in seiner Wohnung sitzt, darauf verzichten müsste, jegliche Mobilität zu nutzen, da gäbe es andere Gründe, warum er oder sie das möglicherweise nicht kann. Aber ich glaube nicht, dass es hier pauschal so sein wird, dass die jetzt aus finanziellen Gründen oder auch aus organisatorischen Gründen nicht in der Lage wären, das in Anspruch zu nehmen. Wenn es finanziell nicht reicht, dann gibt es die entsprechenden Möglichkeiten, sich auch hier die Unterstützung zu holen.

Und ähnliche differenzierte Diskussionen werden wir, glaube ich, im Herbst noch führen. Aber ich lade dazu ein, die grobe Linie zu fahren, also jede Pauschalisierung, die wir uns bisher leisten konnten, dahingehend zu hinterfragen, dass wir vor allem diejenigen hier weiter unterstützen, die sonst wirklich keine Chance hätten, es aber nicht so pauschal auf alle nach bestimmten Gruppen kennzeichnen, ausdehnen, die uns mit einem bestimmten Bild im Kopf alle als völlig alleingelassen und umfassend hilfsbedürftig erscheinen. Das wird, glaube ich, auch vielen dieser Personen nicht gerecht.

**Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW):** Die Unruhe hat vielleicht gezeigt, wie wir da hinten die Köpfe zusammenstecken. Es ist eine schwierige Lage, aber es ist natürlich auch eine, ich will nicht sagen Sternstunde, aber eine gute Stunde der politischen Diskussion, die wir heute führen. Es ist auch wichtig, dass wir uns die Zeit nehmen. Herr Oberbürgermeister, Ihre Aussage, die Einzelfälle nicht aus dem Blick zu verlieren, hat uns so weit überzeugt, dass wir der Vorlage zustimmen können.

**Der Vorsitzende:** Gut, damit rufe ich auf die Entscheidung über TOP 2, Neufassung der Richtlinien über den Beförderungsdienst, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Die AfD hat ihren Antrag zurückgezogen und wird uns kritisch verfolgen und beobachten. Davon gehe ich aus. Damit können wir 2.1 für heute auch als erledigt erklären.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
10. Juli 2025